Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Buchheim, Karl: Frankreich und die Gründung des Norddeutschen Bundes : zum halbhundertjährigen Gedächtnis des Präliminarfriedens von Nikolsburg, 25. Juli 1866

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Visual Library

Frankreich und die Gründung des Norddeutschen Bundes

Zum halbhundertjährigen Gedächtnis des Präliminarfriedens von Nikolsburg, 25. Juli 1866

Von Dr. Karl Buchheim

Frankreich befindet sich heute im Niedergange seiner Macht, und der gegenwärtige Krieg wird dazu beitragen, diese Entwicklung zu beschleunigen. Es hat den Krieg auf jeden Fall verloren allein schon durch die wachsende Abhängigkeit von England, selbst wenn ihm ein Sieg über Deutschland noch möglich wäre. Denn zweifellos haben die Franzosen losgeschlagen in der Hoffnung, die alte Machtstellung ihres Staates zu erneuern: dieses Staates, der bis in die Zeiten des großen Napoleon den Briten die Herrschaft über das Weltmeer streitig gemacht, und selbst nachher wenigstens auf dem europäischen Kontinent eine Vorrangstellung eingenommen hat. Uns Deutschen ist nicht immer gegenwärtig, wie jung unsere Macht, auch nur unsere europäische Macht ist; daß die bis vor fünfzig Jahren bestehende Ordnung des Deutschen Bundes ähnlich wie gewisse Balkanstaaten unter der Garantie der europäischen Großmächte stand, daß also Frankreich ebensogut wie Rußland oder England ein durch den Wiener Kongreß verbrieftes Recht besaß, in deutschen Angelegenheiten mitzureden. Erst durch die Gründung des Norddeutschen Bundes verlor Frankreich diese oft zu unserem Schaden ausgenutzte innerdeutsche Position. Kurz darauf folgte die nachdrückliche Belehrung, daß es auch im ganzen Bereiche des Kontinents nicht mehr der Stärkste sei. Der Umschwung kam so schnell, daß die Franzosen sich bis heute noch nicht mit seiner Unwiderruflichkeit abfinden wollten. Vielleicht werden sie es im jetzigen Kriege lernen! Die Abschüttelung des französischen Einflusses in innerdeutschen Fragen ist neben dem Gewinn Schleswig-Holsteins das größte diplomatische Meisterstück Bismarcks, dessen Früchte uns kein Feind wieder entreißen soll. Und es lohnt sich zumal in den Zeiten des Weltkrieges, die halbhundertjährigen Gedenktage seines Gelingens nicht ohne einen dankbaren Rückblick vorübergehen zu lassen.

Erich Brandenburg, der Leipziger Historiker, mit dessen neuem Werke über die „Reichsgründung" ich die Leser der „Grenzboten" bereits bekannt gemacht habe (1916 Nr. 17), hat außerdem noch einen dicken Band „Untersuchungen und Aktenstücke zur Geschichte der Reichsgründung" (Leipzig, Quelle und Meyer,

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

1916, Preis 16 Mark) veröffentlicht, der unter anderm auch über die Vorgeschichte des Norddeutschen Bundes und die französische Politik der sechziger Jahre neues Material verarbeitet. Die Stärke des französischen Einflusses und die Bedeutung der Leistung Bismarcks, diesen Einfluß benutzt und schließlich überwunden zu haben, wird von Brandenburg mit großer Klarheit hervorgehoben.

Die europäische Politik Napoleons des Dritten ging insofern in den Bahnen der klassischen Tradition Richelieus und Ludwigs des Vierzehnten, als der Gegensatz gegen Österreich ihr leitender Gesichtspunkt war. Daher ging sie darauf aus, einmal seine Machtstellung in Italien einzuschränken und dann die „Heilige Allianz", in der Österreich unter Metternich tonangebend gewesen war, zu sprengen. Napoleon begleitete schon seit 1849 die preußischen Hegemoniepläne in Deutschland mit wohlwollendem Interesse, weil sie diesen Staat in Gegensatz zur Donaumonarchie bringen mußten. Eine Machtvergrößerung Preußens schien ihm nicht gefährlich, ja er glaubte, daß sie Frankreich einen Grund geben könnte, zu gelegener Zeit gewisse linksrheinische Gebiete als Kompensation einzustecken. Alle diese Erwägungen verloren freilich nach der großen diplomatischen Niederlage Preußens in Olmütz einstweilen ihre Grundlage. Aber die „Heilige Allianz" wurde tatsächlich bald durch ein anderes Ereignis gesprengt, nämlich durch den Krimkrieg. War Österreich seitdem mit Rußland verfeindet, so war doch die Isolierung von Preußen noch keineswegs gelungen. Als Napoleon 1859 gegen Österreich losschlug, zwang ihn die Haltung Preußens, die Eroberung Venetiens aufzugeben und sich mit der Lombardei zu begnügen. Erst als die österreichische Politik Anfang der sechziger Jahre auf eine Reform des Deutschen Bundes in anti-preußischem Sinne ausging und seit der Berufung Bismarcks zum Minister, der, weil er frei von den sentimentalen russisch-österreichischen Sympathien der Konservativen war, für einen Freund der französischen Allianz galt, verbesserten sich für Napoleon die Aussichten einer Annäherung an Preußen. Daran lag dem Kaiser um so mehr, als er mit England längst nicht mehr so konform ging wie zu den Zeiten des Krimkrieges. England hatte den Anschluß Süd-Italiens an das Haus Savoyen zugelassen, den Napoleon nicht wünschte, und Frankreich war eben dabei, in der schleswig-holsteinischen Sache die Briten im Stich zu lassen, als diese gern zugunsten Dänemarks interveniert hätten.

Napoleon begünstigte vielmehr geradezu die Einverleibung der Elbherzogtümer in Preußen, die Bismarcks Ziel war, weil er erwarten konnte, daß Preußen sich darüber mit Österreich verfeinde. Wenn möglich gedachte er dann, wie Sybel vermutet, von beiden Seiten Vorteile zu ziehen. In den Verhandlungen, die er 1863 und 1864 mit den preußischen Diplomaten führen ließ, ist in der Tat von Kompensationen, die Frankreich möglicherweise wünschen könnte, die Rede gewesen. Ob aber schon die Einverleibung Schleswig-Holsteins oder erst die weiterer norddeutscher Bundesstaaten, oder ob etwa eine Bundesreform, die Preußen entweder in ganz Deutschland oder wenigstens im Norden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

die Hegemonie gäbe, für Frankreich den hinreichenden Grund liefern würde, derartige Kompensationen zu verlangen, darüber hat Bismarck damals nie eine unzweideutige Erklärung herauslocken können. Erst kurz vor der Londoner Konferenz verband Frankreich mit direkten Bündnisvorschlägen die Erklärung, daß ihm eine Annexion Holsteins und Südschleswigs durch Preußen keinen Anlaß bieten würde, territoriale Kompensationen zu fordern.

Von den preußischen Diplomaten war der Pariser Botschafter Graf Goltz schon seit 1863 für ein festes Vertragsverhältnis mit Frankreich. Bismarck hingegen zog in der schleswig-holsteinschen Sache das Bündnis mit Österreich vor in der festen Überzeugung, daß es an Gründen nie fehlen könne, dieses wieder loszuwerden, sobald es seine Dienste getan hatte. Er wußte, daß der König Wilhelm und die konservativen Kreise gern mit Österreich und höchst ungern mit dem „revolutionären" Frankreich zusammen gingen. Er wußte auch, daß dem Kaiser Franz Josef und seinem Minister des Auswärtigen, Grafen Rechberg, nicht minder am Frieden mit Preußen gelegen war. Man bemühte sich, noch einmal an die Möglichkeit zu glauben, daß Österreich und Preußen gemeinsam die deutschen Angelegenheiten leiten könnten, und Bismarck war entschlossen, aus diesem guten Willen Kapital für Preußen zu schlagen. Auf Frankreichs wohlwollende Haltung glaubte er jederzeit noch rechnen zu können, sowie sich seine Politik gegen Österreich wendete. Denn er hatte den leitenden Gedanken der napoleonischen Staatskunst durchschaut und traute sich zu, klüger zu sein als der Kaiser, seine günstigen Gesinnungen für eine Machtsteigerung Preußens erst auszunützen, wenn es zur Auseinandersetzung mit Österreich kam, und dann den Preis, den Frankreich dafür erwartete, nicht zu zahlen. Er erkannte auch, daß das Zugeständnis der Einverleibung Schleswig-Holsteins ohne Kompensationen nicht ohne Hintergedanken Napoleons gemacht worden war. Denn die Einverleibung war nur durch Krieg mit Österreich möglich; wenn dieser aber einmal kam, dann mußte er naturnotwendig nicht nur über Schleswig-Holstein, sondern über die Vorherrschaft in ganz Deutschland entscheiden. Das versetzte Napoleon jederzeit noch in die Lage, zu behaupten, die politische Situation habe sich völlig verändert; nun müsse er doch Kompensationen anmelden.

Im Frühjahr 1865 verschärfte sich der Gegensatz zwischen Österreich und Preußen so, daß die Zeit der Entscheidung gekommen schien. Damals vermittelte Botschafter Graf Goltz neue französische Anträge. Bismarck lehnte sie ab, weil der König eine Verbindung mit Frankreich nicht wünsche. Über seine eigentlichen Gründe setzte er dem Grafen Goltz auseinander: „Es sei viel besser, wenn Österreich sich davor fürchtete, daß Preußen ein Bündnis mit Frankreich schließen könne, während gleichzeitig Frankreich damit rechnen müsse, daß man das österreichische Bündnis vorziehe." (Brandenburg S. 426.) Bismarck traute Napoleon überhaupt zu, daß dieser sich schließlich auf die vorteilhaftere, also unter Umständen auch einmal auf die österreichische Seite

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

schlagen werde, und ließ im April 1865 in Paris sondieren, ob Frankreich sich nicht etwa Österreich nähere. Benedetti, der französische Botschafter in Berlin, stellte nun direkt die Frage, was Preußen im Falle eines Krieges mit Österreich von Frankreich erwartete. Bismarck antwortete ausweichend und schob wieder die Abneigung König Wilhelms gegen Abmachungen mit Frankreich vor. Benedetti riet darauf seiner Regierung vollkommene Zurückhaltung in der Entwicklung des deutschen Konflikts an. Bismarck hätte gern eine Äußerung Benedettis gehört, daß Frankreich auf deutsches Gebiet verzichte. Deswegen schlug er Kompensationen in Belgien oder in der welschen Schweiz vor, ohne daß er selber recht glaubte, daß diese möglich sein würden. Es gelang nicht, Benedetti zu einer derartigen Äußerung zu bringen. Man sieht zur Genüge, daß beiderseits alle Register der Diplomatie gezogen wurden. Bismarcks Stellung war noch erschwert durch die öfters mangelnde Unterstützung des Grafen Goltz. Der Botschafter mißbilligte Bismarcks Politik, wünschte immer den Abschluß förmlicher Verträge mit Frankreich und regte diese im Sommer 1865 sogar gegen seine Instruktion, aber ohne Erfolg an.

Bekanntlich brachte der Sommer 1865 im Vertrag von Gastein die letzte Aussöhnung zwischen Preußen und Österreich. Die Enttäuschung in Frankreich darüber war groß, so groß, daß Bismarck, der den Bruch mit Österreich trotz Gastein ja doch schließlich an der Frage der deutschen Bundesreform herbeiführen wollte, das Bedürfnis fühlte, selber den Kaiser Napoleon zu beruhigen. Er erwirkte von seinem König die Erlaubnis, in Biarritz mit Napoleon zusammenzutreffen. Die Beruhigung des Kaisers über die preußischen Absichten gelang ihm. Vergeblich versuchte er aber auch diesmal, eine Zusage zu erlangen, daß sich Frankreich mit außerdeutschen Kompensationen zufriedengeben würde.

Die erneute Verschlechterung der preußisch-österreichischen Beziehungen trat schon Anfang 1866 ein und zeitigte neue Verhandlungen mit Frankreich. Napoleon forderte jetzt zum erstenmal offen deutsches Gebiet und wurde zurückgewiesen. Trotzdem war der König Wilhelm einem Bruch mit Österreich und einer Annäherung an Frankreich nicht mehr so abgeneigt wie früher, weil die Unhaltbarkeit des preußisch-österreichischen Kondominats über Schleswig-Holstein auch für ihn offen zutage trat. Diesen Moment benutzte Bismarck zur Aufrollung der Bundesreformfrage und damit zur Entzündung des Konflikts. In längeren Verhandlungen gelang es, Frankreich zu der Zusage zu bestimmen, es werde die Durchführung der preußischen Reformpläne ohne Kompensation hinnehmen. Natürlich hoffte Napoleon nach wie vor im stillen, daß der Krieg doch noch eine neue Lage und Gelegenheiten zu anderweitigen Forderungen bringen würde. Selbst mit der Möglichkeit seines Übertritts auf die österreichische Seite rechnete er bereits. In der Tat versuchten die Österreicher durch das Angebot freiwilliger Abtretung Venetiens Napoleon zu gewinnen. Indessen war Bismarck dieser Gefahr bereits durch Abschluß eines Bündnisses mit Italien begegnet. Diesem Vertrag getreu, weigerte sich Italien, Venetien als Geschenk

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Napoleons anzunehmen, und verlangte die direkte Abtretung durch Österreich. Da wollte sich auch der Franzosenkaiser Österreich gegenüber nicht binden.

Nunmehr hatte sich Bismarck die diplomatischen Voraussetzungen der Abrechnung mit Österreich geschaffen und schlug unverzüglich los. Sein deutsches Programm ging weniger vom Einheitsgedanken an sich aus, sondern davon, daß es gelte Deutschland zu einer Macht von europäischem Gewicht zu machen, und zwar auf der Grundlage der bereits vorhandenen preußischen Macht. In diesem Grundgedanken war und blieb er gegenüber den Bestrebungen der Paulskirche und der preußischen Union original, auch als er nachmals in deren Bahnen einlenkte. In ihm lag die Möglichkeit einer Beschränkung, die die älteren Einigungsprojekte nicht in gleichem Maße gehabt hatten. Wenn es nicht so sehr auf die Einheit an sich, sondern auf die Macht ankam, dann brauchte Bismarck durchaus nicht die vollendete Einheit Deutschlands als Ziel ins Auge zu fassen, sondern er konnte mit der Durchführung der Bundesreform lediglich nördlich des Mains sehr wohl auf kürzere oder auch längere Zeit, unter Umständen gar für immer zufrieden sein. Früher hatte Bismarck an eine regelrechte Teilung Deutschlands mit Österreich gedacht, und auch jetzt fiel es ihm nicht schwer, das Reformprogramm nur auf Norddeutschland zu erstrecken, da Frankreich diese Beschränkung zur Bedingung seines erwähnten Verzichts auf Kompensationen machte. Selbst Sachsen preiszugeben und die süddeutschen Staaten aus dem Zollverein zu entlassen, hätte er sich vermutlich zur Not entschlossen. Konfessionelle, ethnographische und parteipolitische Erwägungen ließen ihm öfters ein enges Zusammenarbeiten mit dem großenteils katholischen und demokratischen Süden als gar nicht so unbedingt wünschenswert erscheinen. Es war also Bismarck bei seinen Versicherungen gegenüber Frankreich zunächst gewiß ernst mit der Beschränkung der preußischen Vorherrschaft auf den Norden, ohne daß er dies als Lösung für alle Zeiten zu betrachten brauchte. Am 10. Juni 1866 trat er mit folgendem Bundesreformprogramm hervor: engerer straff organisierter Norddeutscher Bund unter preußischer Führung, weiterer loser Zusammenschluß mit den süddeutschen Staaten im Sinne des alten Deutschen Bundes. Der Oberbefehl über die süddeutschen Truppen im Kriege sollte nicht Preußen, sondern Bayern zustehen. Für diesen Plan gewann Bismarck die vorhin erwähnte Zustimmung Napoleons.

Zum Nachteil für die französische Politik fiel die Entscheidung von Königgrätz viel zu schnell und gründlich. Österreich bot Napoleon neuerdings Venetien an, und der Kaiser nahm es und trat Preußen gegenüber am 5. Juli als Vermittler auf. Es war ein gefährlicher Schritt, denn hätte Preußen jetzt abgelehnt, so wäre es Napoleon seinem Prestige schuldig gewesen, die Annahme der Vermittlung zu erzwingen, und das französische Heer war damals noch viel weniger als 1870 für einen großen Krieg gerüstet. Der Eindruck der Einmischung war in Preußen sehr schlecht. Doch nahm Bismarck die Vermittlung an in der Absicht, die Verhandlungen zu verschleppen. Er knüpfte

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

darum die Annahme an die Bedingung, daß Italien zustimme, und veranlaßte die Sendung des Prinzen Reuß ohne besondere Instruktionen nach Paris, um den Kaiser in höflicher Weise hinzuhalten. Er hoffte, Italien werde sich nach dem Schlage von Custozza weigern, Venetien als Geschenk anzunehmen, oder er werde, falls ihn Italien doch im Stich lasse, Zeit gewinnen, mit Österreich direkt zu verhandeln.

Über die Friedensbedingungen, die man stellen wollte, war man sich damals im preußischen Hauptquartier noch nicht klar. Ohne Zweifel ging man auf eine Annexion ganz Sachsens aus, während man von Hannover und Kurhessen nur so viel nehmen wollte, als notwendig war, um eine Verbindung zwischen den preußischen Ost- und Westprovinzen herzustellen. Bismarck ging damit über das von Napoleon gebilligte Programm vom 10. Juni hinaus, aber wie er meinte, nicht mehr, als durch die inzwischen erfochtenen Siege gerechtfertigt sei. In Süddeutschland wollte er sich auch jetzt streng an das Programm halten. In einem Erlaß vom 9. Juli an den Grafen Goltz sprach sich Bismarck etwas näher aus. Der Botschafter wurde beauftragt, ziemlich umfangreiche Forderungen Preußens bei Napoleon zu vertreten, nämlich die volle Annexion sämtlicher preußenfeindlicher norddeutscher Staaten, oder wenn dies nicht durchzusetzen sei, möglichst große Gebietsabtretungen, und jedenfalls die Aufrichtung eines kräftigen Norddeutschen Bundes. Wenn Frankreich eine unfreundliche Haltung einnehme, so solle Goltz „mit der rücksichtslosen Entfesselung der nationalen Bewegung in ganz Deutschland drohen" (Brandenburg S. 549). Goltz sollte keine Friedensbedingungen mit Napoleon vereinbaren, sondern ohne direkte Vorschläge zu machen, nur sondieren, wieviel Vorteil der Kaiser jetzt nach Königgrätz über das Programm vom 10. Juni hinaus Preußen ohne Kompensationen zugestehen wolle. In Frankreich rechnete man bereits selber mit Annexionen, und da Napoleon entschlossen war, Norddeutschland dem preußischen Einflusse zu überlassen, so war es ihm im Grunde gleichgültig, wieviele norddeutsche Staaten bestehen blieben, wenn Preußen nur den Süden nicht antastete. Höchstens die Erhaltung Sachsens wünschte er. Trotzdem unterließ es Graf Goltz, dem Kaiser die Forderung der Annexionen überhaupt vorzutragen, wahrscheinlich weil er Bismarcks Politik, wie schon früher, nicht für richtig hielt. Dadurch gab er Napoleon Gelegenheit, in einem Briefe, den er dem am 15. Juli wieder abreisenden Prinzen Reuß mitgab, überhaupt jede verpflichtende Äußerung zu den preußischen Friedensbedingungen zu vermeiden.

Inzwischen wurden in Frankreich Stimmen laut, die die zu erwartende Machtsteigerung Preußens keineswegs für so ungefährlich hielten, wie der Kaiser selbst, und die immer dringender empfahlen, den Siegern von Königgrätz die Früchte des militärischen Erfolges recht gründlich zu verkümmern. Wortführer dieser Richtung war der Minister Drouyn de Lhuys, der nach Möglichkeit die ihm allzu preußenfreundlich erscheinende Politik seines Herrschers durchkreuzte. Auf seinen Befehl begab sich am 9. Juli der Botschafter Benedetti

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

ins preußische Hauptquartier mit dem Auftrag, sofort einen Waffenstillstand herbeizuführen. Man lehnte dies Ansinnen unter Berufung auf die mangelnde Zustimmung Italiens ab. Benedetti merkte bei seinen Verhandlungen mit Bismarck, daß Preußen unter allen Umständen auf Annexionen in Norddeutschland bestehen würde. Dies war der Punkt, über den Graf Goltz die französische Regierung bisher nicht unterrichtet hatte. Über Frankreichs Haltung zu dieser Bedingung verriet Benedetti kein Wort, doch gewann Bismarck den Eindruck, als werde ein etwaiger Widerspruch dagegen nicht unüberwindlich sein.

Wenn möglich trachtete Bismarck trotz der schwebenden Vermittlung Frankreichs darnach, mit Österreich direkt in Friedensverhandlungen zu treten. Es war also notwendig, daß er mit dem König über die endgültigen Forderungen einig wurde. Anscheinend war Bismarck mehr für Vollannexionen ganzer norddeutscher Staaten, während der König alle seine Gegner gleichmäßiger bestrafen und dafür keine von den besiegten Dynastien ganz ihres Landes berauben wollte. Am 14. Juli traf ein Telegramm von Goltz ein, worin der Botschafter die französischen Friedensvorschläge mitteilte. Von den Annexionen war darin gar nicht die Rede, weil es ja Goltz unterlassen hatte, ihre Notwendigkeit in Paris zu betonen. Preußen sah sich darum nicht in der Lage, diese Vorschläge zur Grundlage für den Frieden zu machen. Doch setzte es Bismarck nach einer schweren Beratung gegen die Meinung des Königs am 18. Juli durch, daß man die Vorschläge wenigstens als Grundlage für den Waffenstillstand annahm. Der König hatte durchaus die Aufnahme der Bedingung der Annexionen auch schon ins Stillstandsprogramm verlangt. Aber schließlich gab er doch nach, und Bismarck konnte nach seinem Willen den Österreichern Waffenstillstand anbieten. Bis zum Eintreffen der Antwort wurden fünf Tage Waffenruhe bewilligt. Diese Beratung vom 18. Juli muß nach Brandenburgs Forschungen die sein, die Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen" nach Nikolsburg auf den 23. Juli verlegt, und deren temperamentvollen äußeren Verlauf er dort höchst anschaulich schildert. Schon am 19. Juli entschlossen sich übrigens der König und Bismarck, über die Richtlinien des 18. Juli noch hinauszugehen und die französischen Vorschläge nicht nur zur Grundlage der Stillstands-, sondern sogar der Friedensverhandlungen mit Österreich zu machen, wenn dieses sich bereit fände, seine deutschen Verbündeten preiszugeben. Inzwischen war nämlich Benedetti wieder im Hauptquartier angekommen. Er war in Wien gewesen und hatte dort die Annahme der französischen Vermittlung erreicht. Da der Botschafter auf sofortigem Beginn der Friedensverhandlungen nunmehr bestand, kam man auf den eben erwähnten Ausweg. In der Tat war Österreich unter der Bedingung der Integrität Sachsens einem Separatfrieden geneigt. Alle seine übrigen Verbündeten überließ man in Wien ihrem Schicksal. Auch jetzt hätte Preußen noch die Möglichkeit gehabt, die Verhandlungen zu verzögern, wenn man sich auf die immer noch mangelnde Zustimmung Italiens berufen hätte. Bismarck hatte bisher die Verbündeten derart im Unklaren über den

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

Stand der Dinge gelassen, daß man sich in Florenz bitter beschwerte. König Wilhelm, dem die ganze Grundlage der Friedensverhandlungen zu wenig den Interessen Preußens zu entsprechen schien, wünschte die Benutzung dieses Umstandes, fügte sich aber auch hier schließlich seinem Minister, der die Zustimmung Italiens nicht mehr für zweckdienlich und auch nicht für notwendig hielt, da es den ausbedungenen Kampfpreis, Venetien, ja sicher bekommen würde. Daß man auf der Grundlage der französisch-österreichischen Vorschläge nicht mehr hoffen konnte, Sachsen zu erhalten, war in den Augen König Wilhelms sehr schmerzlich, in den Augen Bismarcks nicht völlig unvorteilhaft, weil er nun um so eher Hoffnung hatte, die Vollannexion Hannovers und Kurhessens dem König als notwendig hinstellen zu können, zu der sich dieser bisher noch nicht hatte entschließen wollen. Jetzt endlich traf übrigens auch von Goltz aus Paris die Nachricht ein, daß er die Anerkennung der Annexionen verlangt, und daß Napoleon sie bewilligt habe.

Am 23. Juli traten die preußischen und österreichischen Unterhändler in Nikolsburg zusammen. Man einigte sich über viele Punkte ziemlich glatt. Streitig blieben die Integrität Sachsens, die Abtretung eines österreichischen Grenzstrichs, die Höhe der Kriegskostenentschädigung und die Zugehörigkeit Sachsens zum Norddeutschen Bunde. Bismarck gewann den entschiedenen Eindruck, daß die Österreicher lieber den Krieg fortsetzen als ein Stück ihres Landes, außer Venetien, oder Sachsens abtreten würden. Da der König trotzdem durch mündliche Rücksprache noch nicht zum Nachgeben zu bestimmen war, verfaßte Bismarck die ausführliche Denkschrift vom 24. Juli, die uns Sybel in seiner Geschichte der Reichsgründung mitgeteilt hat. Bismarck beantragte hier, die Integrität Österreichs und Sachsens anzuerkennen und auch die Höhe der Kriegskostenentschädigung zu ermäßigen, und sich dafür an ausgedehnten norddeutschen Annexionen schadlos zu halten, für die die Zustimmung Österreichs und Frankreichs zu haben sei. Es ist nach Brandenburgs Feststellungen nicht richtig, daß Bismarck, wie er in den „Gedanken und Erinnerungen" behauptet, für den Fall der Ablehnung seiner Anträge seine Entlassung verlangt habe. Der König gab auch ohnedies wieder nach, und schon am folgenden Tage konnte Bismarck den Österreichern die gewünschten Zugeständnisse machen. Nur der Forderung des Ausschlusses Sachsens vom Norddeutschen Bunde gab er nicht statt, und der König Johann von Sachsen, dem Kaiser Franz Josef selbst die Entscheidung über Krieg und Frieden überließ, vollzog daraufhin seinen Eintritt in diesen freiwillig. So kam am 25. Juli der Präliminarfriede von Nikolsburg zustande. Der lange Widerstand König Wilhelms gegen die Österreich und Frankreich in kluger Weise entgegenkommende Politik Bismarcks erklärt sich am befriedigendsten aus legitimistischen Motiven. Die Anerkennung der Integrität Österreichs und Sachsens zwang ihn, wenn überhaupt Preußen Länderzuwachs erhalten sollte, der der Größe seines Sieges entsprach, die völlige Entthronung der Dynastien von Hannover, Kurhessen und Nassau zuzugeben, was in seinen Augen eine Vergewaltigung des Fürstentums von Gottes Gnaden

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

und ein revolutionärer Akt war. Noch nachträglich im August hätte er unter dem Eindruck von Vorstellungen des russischen Zaren am liebsten jedem der vertriebenen Fürsten ein kleines Stück ihrer Länder zurückgegeben. Wahrscheinlich hätte Bismarck die Vollannexionen nicht durchsetzen können, wenn auch bei Napoleon legitimistische Gesichtspunkte irgend etwas gegolten hätten. So aber kam es dem Sohne der Revolution nur auf die Machtverhältnisse an, und da er einmal sich entschlossen hatte, die Aufrichtung der preußischen Vorherrschaft in Norddeutschland zuzugeben, war es ihm ziemlich gleichgültig, in welchem Umfange Preußen innerhalb dieses Gebietes annektierte.

Ihm kam es auf die Selbständigkeit Süddeutschlands und auf den Bestand der Zusicherung des Reformprojekts vom 10. Juni, daß Preußen an der Mainlinie Halt machen werde, an. Gerade in diesem entscheidenden Punkte wurde er aber zu guter Letzt noch von Bismarck diplomatisch überwunden, und zwar durch die Schuld eigner Fehler. Gedrängt von den preußenfeindlichen Elementen um Drouyn de Lhuys ließ er sich in einem durch schwere Erkrankung veranlaßten Moment der Schwäche zu der Inkonsequenz verleiten, nachträglich doch noch mit einer Kompensationsfordernug aufzutreten. Und zwar forderte Frankreich am 5. August ganz Rheinbayern und Rheinhessen, nach Ablehnung dieser ungeheuerlichen Zumutung aber am 20. August wenigstens noch Landau und das Saarkohlengebiet. Bismarck benutzte sofort die Gelegenheit, sich seinerseits von dem Programm vom 10. Juni, das Napoleon ohne Kompensation zugestanden, entbunden zu fühlen, und in die Friedensbedingungen für Württemberg, Baden und Bayern den Abschluß jener Schutz- und Trutzbündnisse mit dem Norddeutschen Bund aufzunehmen, die das ganze außer-österreichische Deutschland gegen Frankreich militärisch einigten. Als Entgelt erwirkte er bei seinem König, daß die drei süddeutschen Staaten ohne jede territoriale Verkürzung davonkamen. Schon vier Jahre später mußte Napoleon seine Inkonsequenz mit dem Verlust seines Thrones bezahlen. Denn er holte sich von dem unverhofft geeinigten Deutschland die schweren Niederlagen von 1870. Wahrscheinlich hätte sich der Anschluß der Südstaaten an den Norddeutschen Bund im Kriege gegen Frankreich doch nicht so glatt vollzogen, wenn nicht die Fehler der französischen Politik Bismarck zu günstiger Stunde die Gelegenheit gegeben hätten, sich dieses Anschlusses zu versichern.

So bedeutet in der Tat der Präliminarfriede von Nikolsburg mit seinen unmittelbaren Folgen die endgültige Zerstörung jener innerdeutschen Position Frankreichs, die spätestens seit dem dreißigjährigen Krieg eine Quelle der europäischen Macht dieses Staates war, und die der Wiener Kongreß völkerrechtlich bestätigt hatte. Es wäre in einer Zeit, wo wir in engem Bunde mit Österreich-Ungarn stehen und Blut um Blut uns jeden Tag fester aneinander kettet, eine psychologische und moralische Unmöglichkeit, das halbhundertjährige Gedächtnis des preußischen Sieges über Österreich zu feiern. Was geschichtlich notwendig war, ehren wir mit Schweigen und wenden unsern Blick der ver-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG

söhnten Gegenwart und Zukunft zu. Aber von Herzen feiern wollen wir den entscheidenden diplomatischen Sieg über Frankreich, den Bismarck im Juli und August 1866 erfocht. Dieses Triumphes wollen wir bei der fünfzigsten Wiederkehr des Tages von Nikolsburg vor allem gedenken, des Endes alter Gängelung unseres Vaterlandes durch den westlichen Nachbar. Wir stählen an dem Rückblick auf solche Vergangenheit unseren festen Willen, Frankreich für immer aufs Knie zu zwingen, das doch nur deswegen nach Revanche geschrieen hat, weil es glaubte, die Zeiten deutscher Schwäche erneuen zu können.

Beiträge zur Politik des Fernen Ostens

Von Dr. oec. publ. Arthur Heber

Ein russisch-japanisches Bündnis.

Im Jahre 1913 hat Rußland China dazu vermocht, der äußeren Mongolei unter ausdrücklicher Wahrung der chinesischen Oberhoheit autonome Rechte zu verleihen, und es durchgesetzt, daß der zuvor von ihm mit dem Hutuchtu in Urga geschlossene Handelsvertrag chinesischerseits anerkannt wurde. Im Laufe des europäischen Krieges ist es ihm gelungen, die Anerkennung von Bahn- und Telegraphen-Konzessionen zu erlangen, welche durch die äußere Mongolei nach dem eigentlichen China führen.

Im Mai vorigen Jahres kam dann zwischen China und Japan ein Abkommen zustande, durch das die Pacht seiner südmandschurischen Kolonie, einschließlich der südmanschurischen Bahnlinien, die im Jahre 1922 ablaufen sollte, auf 99 Jahre verlängert wurde, und das den Japanern Siedlungsrechte in der ganzen Südmandschurei gewährte, die in der Folge auch auf die östliche Mongolei, in der sich China zur Öffnung von Handelsplätzen verpflichtet hatte, ausgedehnt wurden.

In diesen Tagen haben nun Japan und Rußland ihre beiderseitigen Interessensphären in der Mandschurei und Mongolei durch ein Abkommen näher umschrieben und die Gelegenheit benutzt, um in konsequentem Ausbau der russisch-japanischen Verständigung vom Jahre 1910 sich ihre so umschriebenen Rechte und Interessen gegenseitig gegen fremde Einmischung zu garantieren.

Dieses neue Abkommen, das auch nach Ansicht der englischen Presse einem Bündnisvertrage gleichkommt, hat, soweit es in Umrissen bekannt geworden ist, folgenden wesentlichen Inhalt:

1. In Ansehung der von Japan bereits geleisteten und für die Dauer des europäischen Krieges noch zu leistenden Lieferungen von Kriegsmaterial aller Art tritt Rußland an Japan die Verlängerung der südmandschurischen Bahn von Tschangtschun bis zum Sungari-Fluß in einer Länge von etwa fünfund-

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen DFG